Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
25.10.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-141321

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
Sitzung am Mittwoch, 11.09.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 21:37 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift aus der 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 25.06.2019 - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 25.06.2019 - öffentlicher Teil -**
0413/2019

4 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1 Ergebnisse der Schadstoffmessung

5.2 Sachstand Neubau Betriebshof

6 Nachverfolgung aller wesentlichen Beschlüsse analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung
0393/2019

7 Linienverdichtung zum Fahrplanwechsel 12/2019, hier: Fahrplanentwürfe der Linien 421 und 454
0390/2019

8 Sachstand Förderprojekt IGP
0381/2019

9 Erstellung eines Starkregenrisikomanagementkonzeptes für das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach
0383/2019

10 Ertüchtigung der Mittelspannungsanlage und Umbauten und Änderung der Steuerung Schneckenhebewerk Bensberg auf der Kläranlage Beningsfeld in Bergisch Gladbach
0353/2019

11 Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Lärmaktionsplan (Stufe 3) der Stadt Köln
0388/2019

12 Anregung vom 22.10.2018 die Straßenzüge Feldstraße/Rheinhöhenweg aus dem Vorfahrtsstraßennetz herauszunehmen und in die umgebende Tempo 30-Zone zu integrieren, sowie die Einbahnstraße für gegenläufigen Radverkehr zu öffnen und für eine sichere Zufahrt von der Bensberger Straße aus zu sorgen.
0281/2019/1

13 Anregungen vom 30.05.2019 zur Anlegung eines Fußgängerüberwegs und zur Aufzeichnung von Piktogrammen im Bereich Nußbaumer Straße/ Reuterstraße
0324/2019/1

14 XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)
0400/2019

15 Abgabe von Containern
0415/2019

16 Anträge der Fraktionen

16.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜGERPARTEI GL vom 03.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019) „zur effizienten Vermarktung von Containerwohnanlagen“
0416/2019

16.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): "Klimanotstand"
0296/2019/1

16.3 Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten.
0297/2019/1

16.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach"
0334/2019/1

16.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): "Teilnahme am Förderprogramm progres.nrw Emissionsarme Mobilität"
0338/2019/1

16.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): "Kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge"
0339/2019/1

16.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.06.2019 (eingegangen am 25.06.2019): "Einrichtung eines Fußgängerübergangs Niedenhof/Ecke In der Auen sowie einer Beschilderung zur Verdeutlichung des Schulweges"
0340/2019/1

16.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.07.2019 (eingegangen am 23.07.2019) zur Einrichtung eines Bürgerwaldes mit einheimischen Baumarten
0349/2019

16.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.07.2019 (eingegangen am 23.07.2019) zur Aufstellung eines Grünflächenschutzkonzeptes für das gesamte Stadtgebiet
0350/2019

16.10 Antrag der SPD- und CDU-Fraktionen "Nachrüstung von Abbiegeassistenten"
0406/2019

16.11 Antrag der SPD- und CDU-Fraktionen "Verzicht auf Glyphosat und Neonicotinoide" vom 23.08.2019
0405/2019

16.12 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 26.08.2019 - Eingang: 27.08.2019 - zur Anmietung eines Ladenlokals für das Bürgerbüro in Refrath
0417/2019

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

17.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL vom 20.08.2019 - eingegangen am 20.08.2019 - zu Entwässerungsgebühren / Umweltaspekte von Filtersteinen
0396/2019

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Buchen, eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Die Sitzungsteilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Teilnehmerverzeichnis.

Er verweist auf folgende, vor der Sitzung verteilte Tischvorlagen:

- Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL zur Machbarkeitsstudie Seilbahn.

- Städtische Pressemitteilung zum Baumbestand bei der Neugestaltung der Schloßstraße im Rahmen des InHK Bensberg.

Zum ersten Antrag führt Herr Buchen aus, dass die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL eine Behandlung der Machbarkeitsstudie Seilbahn so weit wie möglich im öffentlichen Teil der Sitzung beantragt.

Herr Dr. Adler erwartet, dass eine Seilbahn auf höchstes öffentliches Interesse stoßen dürfte. Die Einbindung der Öffentlichkeit zu einem möglichst frühzeitigen Zeitpunkt wäre daher wünschenswert. Aber auch er sehe die rechtlichen Bedenken, so zu verfahren. Die Vorlage beinhalte jedoch zumeist Passagen, die seiner Meinung nach öffentlich behandelt werden könnten.

Frau Krause erklärt, dass die Öffentlichkeit von der Beratung auszuschließen ist, weil durch die Bezifferung der Kosten für eine Studie Probleme im Wettbewerbsverfahren auftreten würden, zumal hier nur ein namentlich genannter Anbieter angefragt wurde.

Herr Krell fragt nach der Möglichkeit, ob diese Vorlage entsprechend in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil geteilt werden könne. Insgesamt halte er es für unglücklich, dass die gesamte Vorlage erst im nichtöffentlichen Teil beraten werde.

Herr Flügge möchte dennoch diesen Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil behandelt wissen, da die Verwaltung in der heutigen Erläuterung sicherlich einige Sachverhalte bekannt geben werde, die für die Öffentlichkeit nicht vorgesehen seien.

Herr Buchen hält eine Trennung für schwierig und fragt daher, ob unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen des Bürgermeisters eine quasi unverfängliche Zusammenfassung gegeben werden könne.

Frau Gerhardus regt in Abstimmung mit ihrer Fraktion an, ohne Nennung von konkreten Summen und der angefragten Firma die Vorlage öffentlich zu beraten.

Frau Krause entgegnet, dass die Trennung eines Sachverhaltes in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil nach Aussage von Herrn Ruhe (Abteilungsleiter Kommunalverfassung) rechtlich nicht möglich sei.

Herr Buchen teilt mit, dass er angesichts unterschiedlicher politischer und rechtlicher Auffassung gehalten sei, den rechtlichen Aspekt zu bevorzugen und daher die gesamte Behandlung der Vorlage im nichtöffentlichen Teil zu belassen.

Herr Zalfen schlägt vor, die jeweils beiden rechten Spalte auf den Seiten 261 und 262 der Einladung wegzulassen.

Herr Keimer vermisst auf der Tagesordnung das am 03.07.2019 im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss behandelte Verkehrskonzept, dessen Inhalt er gerne auch erfahren würde.

Herr Flügge erläutert, dass das Konzept noch nicht final beschlossen wurde, da dazu noch Beratungsbedarf gesehen wurde.

Herr Komenda beantragt, die Tagesordnungspunkte N 7 – N 10 gemeinsam abzustimmen. Mit diesem Vorgehen war der Ausschuss einverstanden.

Herr Schundau beantragt im Rahmen eines Geschäftsordnungsantrages zur Änderung der Tagesordnung, die Punkte, die das Thema „Klima" behandeln, schon nach dem Tagesordnungspunkt Ö 6 zu diskutieren, da er vermutet, dass diese Thematik angesichts der voraussichtlich langen Dauer der Sitzung und die nach einigen Stunden nachlassende Konzentration nicht eingehend genug beleuchtet werden könne.

Laut Geschäftsordnung, die die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte regelt, sei dies nach Herrn Buchen nicht nach Belieben möglich, auch weil insgesamt 12 Anträge der Fraktionen mit unterschiedlichen Themen gestellt wurden.

Nach erneuter Intervention von Herrn Schundau, doch über die Änderung der Tagesordnung abstimmen zu lassen, lässt Herr Buchen entsprechend abstimmen.

Mit 1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL, 3 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Enthaltungen der Fraktionen FDP und mitterechts sowie Gegenstimmen der Fraktionen CDU und SPD **wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Henkel beantragt, den Tagesordnungspunkt Ö 16.4 (integriertes Klimaschutzkonzept) als ersten der Antragstagesordnungspunkte aufzurufen.

Bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Ja-Stimmen aller anderen Fraktionen **wird dieser Antrag mehrheitlich angenommen**.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 25.06.2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird ohne Aussprache genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 25.06.2019 - öffentlicher Teil -

0413/2019

Herrn Bihn erstaunt die Aussage zu Tagesordnungspunkt Ö 16, wonach die Beschilderung (in der Fußgängerzone) umgesetzt worden sei. Der ihm vorliegende umfangreiche Mailverkehr mit der Ordnungsbehörde sage hingegen aus, dass die Beschilderung noch nicht vollständig installiert wurde. Er bittet um Stellungnahme.

Frau Unrau hat Herrn Bihn per Mail darüber informiert, dass zunächst der Bestand nochmals aufgenommen werde und anschließend gemeinsam mit dem Straßenbaulastträger zu prüfen sei, ob Nachbesserungen vorgenommen werden müssen. Aus personellen Gründen konnte dieses bislang aber noch nicht abschließend durchgeführt werden.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Buchen teilt mit, dass vom Arbeitskreis Baum eine Nachfrage zur Nachpflanzung von Bäumen an der Schnabelsmühle gestellt wurde. Die Beantwortung wird beim nachfolgenden Tagesordnungspunkt behandelt.

Außerdem wurde ihm von „Fridays for future – Rheinisch-Bergischer Kreis" eine von 263 Personen unterschriebene Petition unter dem Motto „Klimaschutz geht uns alle an" ausgehändigt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Flügge spricht, veranlasst durch die vor der Sitzung verteilte Pressemitteilung, nochmals das Thema Bäume in der Schoßstraße an. Die der Mitteilung beigefügte Bildcollage suggeriere ein falsches Bild vom geplanten Umgang mit den bestehenden Bäumen. Das bisherige Verfahren mit Einschaltung aller Beteiligten und Berücksichtigung möglichst vieler Anregungen in die Ausführungsplanung zeige, wie ernst und gewissenhaft hier gearbeitet wurde. Fakt sei es, dass künftig deutlich mehr Bäume die Schloßstraße flankieren werden als zuvor (57 gegenüber 34). Die aus verschiedenen Gründen zu fällenden Bäume wurden eingehend untersucht.

Herr Nollen ergänzt, dass für einige der zu fällenden Bäume jeweils ein detailliertes Vitalitäts- und Nachhaltigkeitsgutachten erstellt wurde. Beispielsweise wurden die vor dem Riegel im Südosten des Planungsgebietes stehenden Baumhaseln mit der Vitalitätsstufe 2 (Stagnation und deutliche Vitalitätsverluste) kartiert. Der erste von diesen Haseln, der erhaltenswürdig sei, bekomme als Solitärbaum ein deutlich größeres Baumumfeld, um seine Vitalität zu verbessern. Auch die 3 Robinien seien stark in Mitleidenschaft gezogen und damit abgängig.

Herr Dr. Adler fragt, ob es kurzfristig Möglichkeiten gibt, die eigentlich zu fällenden Bäume zu sanieren oder von der Bürgerschaft zu gießen.

Herr Nollen sieht keine kurzfristige Verbesserung, u. a. weil die seinerzeit angelegten Baumgruben mit ursächlich für den desolaten Zustand seien. Zu erhaltende Bäume erhalten daher eine erweiterte Baumgrube.

Frau Bähner-Sarembe regt eine Besichtigung der Verwaltung mit den Bürgerinitiativen und Eigentümern an. Auch wenn mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden, dürften die neuen Bäume wesentlich kleiner sein. Sie bezweifelt, dass die ihrer Beobachtung nach gesunden Bäume wirklich gefällt werden müssen.

Herr Nollen ist gerne bereit, mit anderen Abteilungen der Verwaltung zusammen Aufklärungsarbeit zu den Gründen einer Fällung zu leisten. Die vorliegende Planung stamme vom Club 94, wobei die stadtseits erstellten Gutachten aber in die Planung integriert wurden. Auch die bestehenden Bäume seien im wesentlichen kleinkronige Exemplare. Hingegen haben die zu pflanzenden Solitäre schon eine gewisse Größe und Umfang und dürften sich im Substrat prächtig entwickeln.

Herr Schundau erwartet eine längere Durststrecke, bis die neuen Bäume dieselbe Biomasse und klimatische Wirkung haben werden wie die jetzigen Bäume. Die meisten Bäume werden nicht gefällt, weil sie krank sind, sondern weil sie der Planung (Parkplätze u. a.) entgegenstehen. Auch sei die wichtige Beschattungsfunktion der Bäume an der vorgesehenen südwestlichen Seite nicht gewährleistet. Die neuen Bäume müssten demzufolge auf der anderen Seite gepflanzt werden.

Nach Herrn Flügge liegen Grundsatzbeschlüsse vor, die Immobilienbesitzer dürften darauf erpicht sein, dass die Umgestaltung so schnell wie möglich durchgeführt werde. Bei erneuten Grundsatzdiskussionen drohe ein weiterer Stillstand.

Herr Buchen bittet die Ausschussmitglieder, von weiteren Wortbeiträgen grundsätzlicher Art an dieser Stelle Abstand zu nehmen.

Frau Bähner-Sarembe bittet erneut darum, angesichts der Beitragspflicht der Eigentümer gute Ideen, die von dort kommen, auch zu berücksichtigen.

Herr Nollen teilt mit, dass der von Frau Bähner-Sarembe erbetene Termin nicht von ihm, sondern von der Stadtplanung anberaumt werde.

Er informiert darüber hinaus über eine Anfrage des Arbeitskreises Baum zur Pflanzung an der Schnabelsmühle. In der Februarsitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr habe Stadtgrün berichtet, dass zu diesem Zeitpunkt noch 33 Ersatzpflanzungen ausstanden. Inzwischen wurden drei Bäume am Zanders-Eingang gepflanzt, zwei weitere Spendenbäume seien dazugekommen, so dass sich der Fehlbestand noch auf 28 Bäume beläuft. Weitere zugesagte Spendenbäume bieten Potenzial - hierzu seien noch geeignete Standorte festzulegen. Zusammen mit den von der Stadt zu pflanzenden Bäumen hoffe er, bis Ende nächsten Jahres den Fehlbestand gegen Null fahren zu können. Durch den Umstand, dass die Verwaltung die Folgen des Baumsterbens aus eigener Kraft nicht mehr stemmen könne, sei man aber auf die Mitwirkung von Bürgerschaft, Vereinen und dergleichen angewiesen.

Herr Schundau zeigt sich verwundert, dass die von seiner Fraktion gespendeten Bäume mitgezählt wurden.

Herr Nollen freut sich über jeden weiteren gespendeten Baum. Die Stadt könne nur noch 25 Bäume aus eigener Kraft pflanzen.

Herr Geist verweist auf eine aus dem AAB stammende Vorlage zum Thema Fassadenbegrünung am neuen Stadthaus, aber auch an neuen städtischen Gebäuden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr verwiesen. Er rege an, diesen Antrag nicht erneut hier und heute im Ausschuss zu behandeln und sagt zu, unter Bezugnahme auf die ausführliche Vorlage für den AAB eine entsprechende Vorlage für die Oktobersitzung vorzubereiten.

Herr Flügge teilt mit, dass die Stadt Bergisch Gladbach als Beteiligter öffentlicher Belange von der Gemeinde Odenthal um Stellungnahme zur Errichtung eines P+R-Platzes am Schulzentrum gebeten wurde. Er begrüße die Planung, werde dadurch ggf. Verkehr aus dem Stadtgebiet herausgehalten.

Herr Komenda vermisst unter diesem Tagesordnungspunkt eine Mitteilung über die Nachfolge von Herrn Carl als Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebes. Die für ein halbes Jahr vakante Stelle habe dazu geführt, dass bei den Verhandlungen mit dem Dualen Systems kein Vertreter der Stadt anwesend war, was sich eventuell negativ auf die Müllgebühren auswirken könnte. Herr Carl war dort lediglich als Privatier anwesend. Außerdem fehle eine Vorlage zur Anschaffung einer Kehrmaschine durch die EBGL, die er in den Ferien autorisiert habe. Es fehle augenscheinlich an einem vorübergehenden Aufgabenverteilungsplan innerhalb des Abfallwirtschaftsbetriebes.

Herr Buchen weist eindringlich darauf hin, dass bei vermissten Vorlagen der Tagesordnungspunkt „Anfragen der Mitglieder" zur Verfügung steht.

Herr Kremer wiederum verwahrt sich gegen die Unterstellung, es gebe keine funktionierende Aufgabenverteilung im Abfallwirtschaftsbetrieb. Beide angesprochenen Punkte konnten wegen der Auslastung des Vertreters noch nicht in Angriff genommen werden. Beim Dualen System sei dies aber noch nicht schädlich, da noch längerfristig Einflussmöglichkeiten seitens der Stadt bestehen.

5.1. Ergebnisse der Schadstoffmessung

Herr Jäger führt zunächst aus, dass wie zugesagt zur Halbzeit der einjährigen Messung ein Zwischenergebnis vorgelegt wird. Insgesamt befinden sich fünf Messstellen, von denen eine als Hintergrundmessstelle (Katholisches Krankenhaus) dient, im Zentrum Bergisch Gladbachs. Die anderen Messstellen befinden sich in der Paffrather Straße, Dechant-Müller-Straße, Bensberger Straße

sowie an der Odenthaler Straße. Festzuhalten sei, dass der bisher ungewichtete Halbjahresmittelwert der Messungen den Jahresmittelgrenzwert für NO_x von 40 µgr. (Mikrogramm) pro m^3 nicht überschreitet. Dies schließe allerdings nicht aus, dass bei einzelnen Monatsmittelwerten diese Grenze gerissen werde. Bei der Messstelle Paffrather Straße wurde der Monatsmittelwert im Januar und Februar geringfügig überschritten (42,5 bzw. 41,6 µgr), in der Dechant-Müller-Straße im Februar. Dies könne man darauf zurückführen, dass in der kalten Jahreszeit verstärkt Hausbrand anfalle, aber auch Fahrzeuge häufiger genutzt werden. Der mittlere Messwert an der Paffrather Straße für Juni wurde aus der Wertung herausgenommen, weil durch die Verlagerung der Bushaltestelle Markt dort keinerlei Busverkehr zu verzeichnen war und das Gesamtergebnis verfälschen könnte.

Herr Schundau fragt, ob die Messwerte schriftlich zu erhalten seien. Nach Herrn Jäger spricht nichts dagegen.

Frau Bähner möchte wissen, wer die Standorte der Messstellen festgelegt habe. Sie vermisse Standorte in Bensberg (insbesondere Steinstraße) und Refrath und fragt, ob man auch in diesen Stadtteilen Messstellen einrichten kann. Herr Jäger antwortet, dass ein abteilungsinternes und stadtweit geltendes Screening zunächst die Standorte im erweiterten Zentrum Bergisch Gladbachs ermittelt habe. Diese Festlegung schließe weitere Standorte künftig aber nicht aus.

Herr Henkel fragt zur Messstelle Odenthaler Straße, inwieweit die Baustellen in diesem Bereich Einfluss auf die Messwerte haben. Herr Jäger meint hierzu, dass die angesprochenen Gegebenheiten (die Baustelle der Belkaw im April, aber auch Osterferien) bei der Ermittlung des Halbjahresmittelwertes berücksichtigt wurden.

5.2. Sachstand Neubau Betriebshof

Herr Jäger stellt zunächst den aktuellen Stand der einzelnen Gewerke vor. Der Rohbau stehe vor der Fertigstellung, so dass die Arbeiten im Gebäudeinneren begonnen werden können. Er weist aber darauf hin, dass der Zeitplan insbesondere durch Vergabeschwierigkeiten (kein oder zu teure Angebote bei einzelnen Gewerken) zu wanken beginne. Er hoffe jedoch, dass der Einzugstermin im Frühjahr 2020 noch gehalten werden kann. In einem zweiten Schritt sollen ab Oktober 2019 noch weitere Tiefbauarbeiten für Ver- und Entsorgung durchgeführt werden. Der letztendliche Tiefbau erfolge weitgehend erst nach dem Einzug.

6. Nachverfolgung aller wesentlichen Beschlüsse analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung

0393/2019

Frau Bähner möchte zum Kreisverkehr Schnabelsmühle (S. 13 der Einladung) wissen, wie viele Rechtsstreitigkeiten mit welchen Firmen geführt werden, und ob dies den Wettbewerb beeinflusst. Herr Wagner (Verwaltung) erklärt, diese Rechtsstreitigkeiten im Kreisverkehr beziehen sich auf die Firma Zanders. Im öffentlichen Teil könne er dazu aber keine Stellung beziehen.

Frau Gerhardus fragt nach dem Sachstand zur Sanierung der Kläranlage (S. 15 der Einladung, Z. 10, 4. Änderung). Die Verschiebung des Baubeginns erfolge in die heizfreie Zeit. Die Vorlage gibt aber keine Auskunft darüber, ob eine erneute Ausschreibung mit welchem Ergebnis erfolgte. Sie interessiere sich auch für den Sachstand der Filtration (Seite 15, Ziffer 11, 2. Änderung). Herr Wagner (Verwaltung) verweist auf eine schriftliche Antwort zum Protokoll.
(Diese Fragen werden seitens der Verwaltung wie folgt beantwortet:
„Es handelte sich hierbei nicht um die Aufhebung einer VOB-Ausschreibung, sondern, wie unter Ziffer 10.2 und 10.3 beschrieben, um die Beendigung der Planerleistungen und anschließender Neuvergabe an ein anderes Planungsbüro. Auf Grund der Verzögerungen musste die Ausschreibung hinsichtlich der Ausführungszeiten neu geplant werden. Dementsprechend wurde der Baubeginn in die „heizfreie Zeit“ verschoben.

Wie unter Z. 11.1 und 11.2 beschrieben, steht die Maßnahme kurz vor dem Baubeginn (4. Quartal `19). Mit der Fertigstellung ist in 2020 zu rechnen. Sollte Interesse an inhaltlichen Details der Maßnahme bestehen, so bietet das Abwasserwerk an die Maßnahme vor Ort zu erläutern.")

7. Linienverdichtung zum Fahrplanwechsel 12/2019, hier: Fahrplanentwürfe der Linien 421 und 454

0390/2019

Herr Schmitz berichtet, dass neben den beiden genannten Linien auch andere Linien Änderungen erfahren (u. a. Änderung der Linienführung der Linie 455, Taktverdichtung bei der Achse Gladbach-Bensberg-Moitzfeld auf 10 Minuten). Außerdem werde die Linie 423 künftig bis zum Flughafen Köln-Bonn wasserstoffunterstützt geführt. Der Bensberger Stadthüpfer bekomme eine andere Linienführung. In der Schwebe sei noch die Linie 335, die eventuell Bergisch Gladbach nicht mehr andienen werde.

Herr Außendorf freut sich über die Verbesserungen. Auf seine Frage zur Kostenneutralität wegen des Wegfalls von weniger bedienten Fahrten die Frage, welche Fahrten und Linien hiervon betroffen seien, nennt Herr Schmitz einzelne Fahrten der Linien 335 und 421.

Frau Bähner-Sarembe bedauert, dass der Bensberger Stadthüpfer fast immer leer fährt, hofft aber nicht, dass diese Linie eingestellt werde. Zur Steigerung seiner Attraktivität regt sie an, den Fahrpreis aus dem allgemeinen Tarif zu nehmen und deutlich zu reduzieren. Dazu teilt Herr Schmitz mit, dass die Tarifstruktur des VRS nicht für einzelne Linien geändert werden könne. Allenfalls sei denkbar, über den VRS einen Sondertarif für das gesamte Stadtgebiet aushandeln zu lassen. Die Differenz zum normalen Tarif dürfte aber von den Kommunen zu tragen sein.

8. Sachstand Förderprojekt IGP

0381/2019

Frau Krause berichtet über die Vorlage hinaus über die Auftaktveranstaltung in der IGP am heutigen Tage. Den Schülern und Schülerinnen wurden nochmals die Maßnahme vorgestellt und interaktive Veranstaltungen angeboten. Vertreter von ADFC und VCD waren ebenfalls zugegen. Das Feedback der Schülerschaft war sehr positiv. Eine vor einem Jahr ins Leben gerufene Arbeitsgruppe der Schüler habe den Effekt gehabt, dass sehr viel mehr Schüler inzwischen mit dem Rad zur Schule gelangen (250 statt 150 Radfahrer).

Für Herrn Außendorf hat das Projekt Vorzeigecharakter; es wurde heute sogar vom WDR als bundesweit einzigartiges Projekt in seine Ausstrahlung genommen. Leider müsse er aber feststellen, dass der große Nachholbedarf bei solchen Verbesserungen überhaupt erst ursächlich für dieses Projekt sei. Er beantragt, alternierende markierte Parkflächen auf der Fahrbahn zu entfernen. Desweitern solle die Verwaltung parallel dazu prüfen und dem Ausschuss Vorschläge machen, die betroffenen Straßen komplett in Fahrradstraßen mit Vorfahrtregelungen für den Radverkehr umzuwidmen und damit die Rechts-vor-links-Regelung aufzuheben. Dann könnten die Schüler und Schülerinnen nebeneinander fahren.

Herr Buchen fragt Frau Krause, ob die Verwaltung diesen Antrag förderunschädlich umsetzen könne. Frau Krause teilt dazu mit, unter Einhaltung des angemeldeten finanziellen Rahmens sei diese Möglichkeit in begrenztem Maße gegeben. Um bestmögliche Sichtbeziehungen gewährleisten zu können, wurden Ortsbesichtigungen mit der beteiligten Ordnungsbehörde, Polizei, VCD und ADFC mit dem Ergebnis durchgeführt, dass künftig deutlich weniger Parkflächen auf der Straße angeboten werden. Ganz darauf zu verzichten wäre aber nicht zielführend.

Herr Henkel ist überrascht vom Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, habe man hier im Ausschuss doch schon ausgiebig darüber diskutiert. Seine Fraktion war von dem von der Verwaltung vorgelegten Konzept überzeugt.

Herr Ebert ist erfreut darüber, dass seine bereits in 2014 vorgestellte Projektskizzierung nunmehr mit der Unterstützung einer breiten Basis umgesetzt werden solle. Außerdem habe die Verwaltung

eine sensationell hohe Förderquote einwerben können. Durch Konsens geprägte Politik mache ihm so Spaß.

Herr Schundau betont, dass seine Fraktion natürlich hinter diesem Projekt stehe, unterstreicht aber nochmals ausführlich die Ausführungen von Herrn Außendorf insbesondere zu den Fahrradstraßen.

Frau Gerhardus weist darauf hin, dass ihre Fraktion in der Vergangenheit ein städtisches Radverkehrswegenetz, dass Schulen gut und sicher miteinander verbindet, beantragt habe. Die anderen Fraktionen hätten dies aber regelmäßig abgelehnt. Umso erfreuter sei sie, dass in einem ersten Schritt nun entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die von der Stadt selbst einzusetzenden Mittel rentierten sich doppelt und dreifach.

Herr Außendorf fasst seine beiden Anträge nochmals zusammen:

1. **Auf der Fahrbahn werden die Parkflächen gestrichen.**

2. **Die Verwaltung solle als Prüfauftrag alternativ zur vorliegenden Planung dem Ausschuss eine Planung unter Verwendung von Fahrradstraßen vorlegen.**

Herr Buchen lässt über beide Anträge gemeinsam abstimmen.

Die Anträge werden mit Ja-Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion sowie 4 Gegenstimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltungen der Fraktionen FDP und mitterechts und einer Enthaltung aus Reihen der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Somit wird wie in der Vorlage beschrieben verfahren.

9. Erstellung eines Starkregenrisikomanagementkonzeptes für das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach

0383/2019

Herr Wagner (Verwaltung) teilt mit, dass vor einer Woche eine Informationsveranstaltung stattfand, an der fast alle Fraktionen teilgenommen haben.

Herr Dr. Adler steht voll hinter dem vorgelegten Konzept. Kritisch sieht er den sehr frühen Beginn der Vorstellung um 14:00 Uhr, an dem sicher nicht alle Interessierten haben teilnehmen können. Er bittet daher darum, die sehr interessante Veranstaltung erneut und dann später durchzuführen. Ihm sei außerdem zu Ohren gekommen, dass bei privaten Bauvorhaben Regenwasserversickerungen auf dem Gelände abgelehnt wurden. Dies stehe im Gegensatz zur Aussage, dass Schutzmaßnahmen sowohl öffentlich als auch privat sein können.

Auch Herr Zalfen kritisiert die Uhrzeit. Er konnte nicht teilnehmen. Er hält es für wichtig, die Starkregenkarten in den Brandschutzbedarfsplan der Feuerwehr mit einzuarbeiten. Eine sich daraus abzuleitende Maßnahme könnte beispielsweise die Anschaffung von größer dimensionierten Pumpen sein. Ein Gesamtpaket der Konzepte sei natürlich mit Unsicherheiten bei den durchzuführenden Maßnahmen versehen.

Herr Schundau fragt, ob die Stadt inzwischen dem Netzwerk Hochwasser- und Überflutungsschutz bei der Kommunalagentur NRW beigetreten sei. Dies sei sinnvoll, weil die teilnehmenden Kommunen sich gegenseitig mit Ideen, Maßnahmenkatalogen und dergleichen helfen können.

Herr Krell ist erfreut, dass das in Zukunft immer drängender werdende Thema inzwischen die Verwaltung und die Politik beschäftige. Er sei aber erstaunt über die Höhe der Kosten für ein solches Gutachten und möchte wissen, ob es in mehrere Phasen aufgeteilt werden könne.

Auch Frau Gerhardus findet die Kosten zu hoch. Sie empfiehlt, dass die Verwaltung mit der Stadt Köln, die konzeptionell schon einen deutlichen Schritt voraus sei, Kontakt aufzunehmen und zusammenarbeiten solle.

Herr Wagner (Verwaltung) berichtet, im Stadtgebiet würden sich ca. 26.000 Grundstücke befinden, von denen ca. 20 % nicht an den öffentlichen Kanal angeschlossen seien. Auf vielen dieser Grundstücke sei eine Versickerung nicht möglich. Außerdem dürfte sich die Dunkelziffer der Grundstücke, die teilweise versickern und teilweise auch über den Kanal entsorgen, auf ebenfalls mehrere Tausend belaufen. In diesen Fällen muss eine Teilversickerung unterbunden werden, sonst führe das zu einer Ungleichbehandlung zu Lasten der anderen Angeschlossenen. Aus Sicht des Hochwasserschutzes werde eine Versickerung aber stark überschätzt.

Der Termin sei schon länger bekannt gewesen, eine Bitte um Verlegung sei aber nicht erfolgt. Er selbst sei Terminen am Abend bekanntlicherweise niemals ausgewichen.
Selbstverständlich würden alle Beteiligten in Sachen Vorsorge, also nicht nur die Feuerwehr, bei diesem Konzept mit eingebunden.
Im bezeichneten Netzwerk der Kommunal- und Abwasserberatung NRW (KuA) sei die Stadt im Gegensatz zu vielen anderen Zusammenschlüssen, auch mit der KuA, bislang nicht vertreten. Zunächst müssten die Grundlagen ermittelt werden.

Bei den Kosten, die ursprünglich auch von ihm als sehr hoch empfunden wurden, seien die Kosten für die Phase 1 relativ sicher, nicht aber unbedingt die weiteren Phasen. Er möchte aber die europaweite Ausschreibung aus Sachgründen komplett in einem Schritt durchführen. Würde nur die Phase 1 ausgeschrieben, wäre eine Beratung auf dieser Basis nur sehr dürftig.

Die Hochwassersituation in Köln sei mit der der Stadt Bergisch Gladbach nicht vergleichbar. Beispielsweise könne Hochwasser in Köln schon mehrere Tage vorher vorausgesagt und darauf reagiert werden. Das Starkregenereignis von 2013 war hingegen bereits beendet, als die Einsatzkräfte zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht einmal am Einsatzort waren. Ein danach von ihm vorgestellter Maßnahmenkatalog in einer Höhe von ca. 300 T€ wurde aber mehrheitlich abgelehnt.
Gründächer, die auch einen positiven Effekt auf das Klima haben, werden von der Stadt schon länger gefördert. Hier bestehe aber noch deutlich Luft nach oben.

Herr Flügge wirbt für das Vorhaben zur Bestandsaufnahme im Sinne einer geregelten Siedlungspolitik.

Herr Ebert führt aus, dass durch Dachbegrünung der Abflussbeiwert außergewöhnlich deutlich gesenkt werden könne. In diese Richtung geeigneter Maßnahmen müsse weitergedacht werden.

Herr Wagner begrüßt das zu erstellende Konzept. Der über die Aufnahmekapazität des Kanalnetzes hinausgehende Wasseranfall müsse gesondert gemanagt werden. Wünschenswert wäre, die Risikokarte im städtischen Geoportal zu hinterlegen, damit auch seitens der Bürgerschaft Einsicht genommen werden kann. Sehr wichtig sei es in diesem Zusammenhang auch, die Bevölkerung darüber aufzuklären, dass bestimmte Sachen auf Grundstücken entlang von Bächen nicht gefährdend abgestellt werden sollten.

Herr Dr. Adler bittet erneut darum, die Informationsveranstaltung nochmals zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen. Er vermisst dahingehend ein Entgegenkommen von der Verwaltung.

Nach Meinung von Herrn Krell sind Starkregen und Hochwasserschutz zwei unterschiedliche Themen. Von Starkregen spricht man, wenn in einem eng begrenzten Bereich mehr als 10 l / m² je Stunde Regen fällt. Er weist auf einen Fachkongress zum Starkregenmanagement hin und fragt, ob Vertreter der Verwaltung daran teilnehmen werden. Überdies vermute er, dass die Stadt bislang nur relativ wenig Knowhow in dieser Angelegenheit besitze. Er regt daher an, zunächst nur die Phase 1 auszuschreiben und anschließend schon Prioritäten zu setzen. Den Vorschlag von Frau Gerhardus, die Stadt Köln zu kontaktieren, hält er für lohnenswert. Auch dass auf verschiedene Kommunen (z. B. Wuppertal) zugegangen werden solle, befürwortet er. Die letzten beiden Anregungen möchte er als Antrag verstanden wissen.

Frau Gerhardus hat entsprechende Karten bei der Stadt Köln vor kurzem gesehen. Diese beinhalten nicht nur Rheinhochwasser, sondern beleuchten naturgemäß auch Starkregenereignisse. Sie schlägt vor, kostenminimierend mit anderen Kommunen zusammenzuarbeiten, um dabei Synergieeffekte nutzen zu können. Die Stadt Köln verweist als Anlage zum Grundsteuerbescheid auf die Förderung von Dachbegrünung. Das wäre eine preiswerte Öffentlichkeitsarbeit, entsprechende Maßnahmen könnten sofort durchgeführt werden.

Herr Wagner (Verwaltung) bezweifelt, dass durch eine Kooperation mit der Stadt Köln Ersparnisse erzielt werden können. Hier sei jede einzelne Kommune durch umfangreiche Berechnungen selbst gefragt, die in jeder Kommune anders ausfallen dürften. Er gibt zu bedenken, dass bei einer Trennung in mehrere Schritte wegen eines erneuten Ausschreibungsverfahrens zu viel Zeit in Anspruch genommen werde.

Herr Ebert kennt Ausschreibungen aus dem Hochbau, wo es üblich sei, einen Vergabeverfahren unter dem Vorbehalt durchzuführen, dass zunächst nur Teilleistungen vergeben werden. Er fragt, ob dies hier auch so möglich sei. Dann könne so vorgegangen werden, wie Herr Krell es vorgeschlagen habe.

Herr Wagner (Verwaltung) antwortet, dass diese Verfahrensart bei Ingenieurverträgen die Regel sei. Ob dies allerdings bei EU-weiten Ausschreibungen möglich ist, müsste noch rechtlich geprüft werden.

Herr Henkel spricht sich dafür aus, wie von den Herren Krell und Ebert vorgeschlagen unter dem Vorbehalt zu verfahren, dass eine rechtliche Prüfung dies zulässt. Er ergänzt, dass bei einer Gesamtausschreibung der Ausschuss nach Abschluss der Phase 1 über das Ergebnis informiert werden solle.

Herr Schundau merkt an, dass hier schon mehr über Maßnahmen diskutiert werde als über den Grundsatzbeschluss. Als erste Schritte müsse jedoch umgehend zum einen die Starkregengefahrenkarte, zum anderen die daraus entwickelte Starkregenrisikokarte erstellt werden. Beide Karten seien notwendig, um anschließend konkrete Maßnahmen entwickeln zu können.

Herr Buchen fasst die gestellten Anträge nochmals kurz zusammen. Zum einen solle erst einmal die Phase 1 umgesetzt und in einen Erfahrungsaustausch mit anderen starkregenrisikobetroffenen Kommunen eingetreten werden (FDP-Antrag). Des Weiteren sollen zunächst die Phasen 1 und 2 umgesetzt werden (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Schließlich solle der Gesamtauftrag, wenn rechtlich möglich mit stufenweiser Beauftragungsmöglichkeit vergeben werden (SPD-Antrag).

Herr Krell zieht seinen Antrag zurück und hält nunmehr die Beauftragung der Phasen 1 und 2 für zielführender. Er wirbt nochmals dafür, entsprechende Kenntnisse anderer Kommunen in Erfahrung zu bringen. Vor der Phase 3 solle der Ausschuss informiert werden.

Als erstes wird über den weitergehenden Antrag der SPD abgestimmt:

Der Antrag

Der Gesamtauftrag wird, wenn rechtlich möglich, mit stufenweiser Beauftragungsmöglichkeit vergeben.

wird einstimmig angenommen.

10. Ertüchtigung der Mittelspannungsanlage und Umbauten und Änderung der Steuerung Schneckenhebewerk Bensberg auf der Kläranlage Beningsfeld in Bergisch Gladbach
0353/2019

Ohne Wortmeldung wird der Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Durchführung der Maßnahme "Ertüchtigung der Mittelspannungsanlage und Umbauten und Änderung der Steuerung Schneckenhebewerk Bensberg auf der Kläranlage Beningsfeld in Bergisch Gladbach" auf Basis der Kostenberechnung vom 26.06.2019.

einstimmig gefasst.

11. Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Lärmaktionsplan (Stufe 3) der Stadt Köln
0388/2019

Herr Zalfen hält eine Erhöhung der Fluggebühren für sinnvoll, damit der Anreiz geschaffen werde, die lauten, meist nachts fliegende Frachtmaschinen sukzessive gegen leisere Maschinen auszutauschen. Er werde dem Beschluss zustimmen.

Herr Schundau hält die Aussage in der Stellungnahme *„Die Maßnahme Nr. 7 kann sich jedoch negativ auf den Verkehrsfluss auswirken, da die Kapazität des über 5,5 km langen Straßenabschnittes durch die Anordnung von Tempo 30 reduziert wird“* für falsch. Vielmehr sei dies umgekehrt. Niedrigere Geschwindigkeiten führen zu kürzeren Abständen und die Kapazität steige.

Zur Fluglärmproblematik teilt Herr Widdenhöfer mit, dass vor wenigen Tagen die Stadt Rösrath Beschwerde gegen den Lärmaktionsplan eingelegt habe mit der Befürchtung, dass der Stadtteil Kleineichen durch eine bereits erfolgte Veränderung der Königsforst-Abflugroute verstärkt von Fluglärm beeinträchtigt wird. Dazu wurde für den 26.09.2019 ein gemeinsames Gespräch zur Routenführung anberaumt, an dem er noch teilnehmen werde. Er werde in diesem Gespräch darauf drängen, dass gerade die südlich gelegenen Stadtteile der Stadt Bergisch Gladbach keiner Mehrbelastung ausgesetzt werden.

Herr Schundau beantragt, die Passage (s. o.) aus der Stellungnahme ersatzlos zu streichen.

Herr Hardt stimmt der Meinung von Herrn Schundau schon aus physikalischen und verkehrstechnischen Gründen zu.

Nach Herrn Henkel kommt es auf die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit an. Es sei auf Bergisch Gladbacher Gebiet (Mülheimer Straße) in den Morgenstunden nicht mal möglich, 30 km/h fahren zu können. Er plädiert daher dafür, den infrage stehenden Satz so stehen zu lassen.

Der Änderungsantrag zur Streichung des oben kursiv gehaltenen Satzes wird bei 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und 2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei 8 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL bei Enthaltungen der Fraktionen mitterechts und FDP mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zur öffentlichen Auslegung Fortschreibung des Lärmaktionsplans (Stufe 3) der Stadt Köln zu.

wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, mittrechts und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich beschlossen.

12. Anregung vom 22.10.2018 die Straßenzüge Feldstraße/Rheinhöhenweg aus dem Vorfahrtsstraßennetz herauszunehmen und in die umgebende Tempo 30-Zone zu integrieren, sowie die Einbahnstraße für gegenläufigen Radverkehr zu öffnen und für eine sichere Zufahrt von der Bensberger Straße aus zu sorgen.
0281/2019/1

Herr Widdenhöfer erläutert, dass dem beigefügten Lageplan entnommen werden könne, was die Verwaltung alternativ zur Anregung vorschlage. Zum einen soll ein streckenbezogenes Tempo-30 annähernd zwischen Sander Aue und der Schützenstraße, zum anderen alternierendes Parken zwischen Schreibersheide und Schützenstraße angeordnet werden. Verwirrend könnte die Aussage in der Vorlage sein, dass eine Zone-30-Regelung zwar möglich sei, aber dennoch eine andere Regelung vorgeschlagen werde. Dies deshalb, weil bei der Anordnung einer Zone-30 Nachteile sowohl von der Verwaltung, aber auch von der Polizei gesehen werden. Zu nennen wäre hier insbesondere der Abbau der beiden Lichtsignalanlagen, die beibehalten werden sollten. Der Vorschlag von Tempo 30 auf einer längeren Strecke im Bereich der Kindertagesstätte solle dem Anliegen der Bürger dort entgegenkommen.

Herr Dr. Adler bedankt sich für die sehr detaillierte Vorlage. Nach kontroverser Diskussion in seiner Fraktion befürworte man letztendlich den Verwaltungsvorschlag. Er bittet aber die Verwaltung, darüber nachzudenken, eine Geschwindigkeitstafel anzubringen, die auch den Anliegern signalisieren könne, wie schnell gefahren werde. Es sei auch hier zu beobachten, dass die subjektiv empfundene Geschwindigkeit wesentlich von der tatsächlichen abweicht.

Nach Meinung von Herrn Schundau hat die Anregung in einem umliegenden Zone-30-Gebiet ihre volle Berechtigung. Er schlägt daher vor, für ein Jahr die Zone-30 probeweise anzuordnen und anschließend im Ausschuss zu berichten, ob die Anordnung sinnvoll war. Als zweiten Vorschlag greift er die Anregung des ADFC auf, die Feldstraße an der Einmündung zur Bensberger Straße abzubinden. Beide Vorschläge sollen als Anträge gewertet werden.

Auch seine Fraktion hat hier gegensätzlich diskutiert und tendiert zum Beschlussvorschlag der Verwaltung, meint Herr Zalfen. Er hält aber die beiden Vorschläge von Herrn Schundau für nicht durchführbar und verweist auf Rettungsfahrzeuge, die die Straße schnellstmöglich passieren können müssen. Außerdem bildet die untere Feldstraße einen Gefahrenpunkt für Radfahrer. Weil an ihn auch Bürger der Feldstraße herangetreten seien, die das Gegenteil von dem wünschen, was hier beantragt wurde, hält er den Verwaltungsvorschlag für alle Betroffenen für die beste Lösung.

Herr Wagner befürwortet ebenfalls den Verwaltungsvorschlag, weil die beiden Ampelanlagen erhalten bleiben können, insbesondere die an der Kreuzung Feldstraße/Ferrenbergstraße. Auch er verweist auf die Inhomogenität der Anlieger. Bei der Anordnung einer Sackgasse in der Feldstraße drohe eine Verdrängung des Verkehres in andere umliegende Straßen.

Herr Ebert erwidert zum Vorschlag von Herrn Schundau, versuchsweise eine Zone-30 einzurichten und danach über den Effekt zu berichten, dass das Gegenteil zielführender sei, nämlich wie von der Verwaltung vorgeschlagen vorzugehen. Er schlägt ebenfalls vor, nach einem Jahr die Wirksamkeit im Ausschuss zu diskutieren. Dadurch würden zunächst Kosten für die Demontage und ggf. für die Neuerrichtung der Ampeln vermieden. Diesen Vorschlag formuliert er ebenfalls als ergänzenden Antrag.

Herr Buchen lässt über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Beschluss

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Als Alternative wird vorgeschlagen, die derzeitigen Regelungen bestehen zu lassen, zusätzlich zwischen Schützenstraße und Schreibersheide alternierendes Parken einzurichten und im Bereich des Kindergartens auf einer Länge von 300 m streckenbezogenes Tempo 30 anzuordnen.

Über den Erfolg der Alternative soll ein Jahr nach der Umsetzung im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr berichtet werden.

wird einstimmig gefasst.

13. Anregungen vom 30.05.2019 zur Anlegung eines Fußgängerüberwegs und zur Aufzeichnung von Piktogrammen im Bereich Nußbaumer Straße/ Reuterstraße
0324/2019/1

Herr Zalfen spricht sich dafür aus, den Fußgängerüberweg nicht unmittelbar auf der Kreuzung anzulegen, sondern 50m entfernt. Er schlägt vor, sich mit diesem Bereich nochmals zu befassen, wenn im Zusammenhang mit „Rad macht Schule" verkehrsordnende Maßnahmen vorgeschlagen werden. Grundsätzlich habe auch die SPD-Fraktion das Anliegen, älteren Menschen zu helfen, die Grabstätten ihrer Angehörigen zu erreichen. Seine Fraktion sehe ebenfalls, dass das an der Stelle kritisch sei.

Herr Keimer beantragt die Vertagung dieses Punktes.

Auf Anfrage Herrn Schundaus erklärt Herr Widdenhöfer, dass auf der Feldstraße Tempo 50, hier aber Tempo 30 angesprochen ist. Frau Unrau ergänzt, dass ein Fußgängerüberweg bei 450 – 600 Fahrzeugen/Stunde empfohlen wird und bei 200 – 400 Fahrzeugen/Stunde in der Spitzenzeit möglich ist. Bei einer Messung in der letzten Woche wurden im Durchschnitt 129 Fahrzeuge gezählt. In der Spitzenzeit wurden 319 Fahrzeuge in der Stunde gezählt. Im Durchschnitt wurden 13 Fußgänger in der Stunde, in der Spitzenzeit 21 in der Stunde gezählt. Erforderlich sind 50 – 100 Fußgängerquerungen.

Herr Bihn verweist auf den Zeitplan für „Rad macht Schule". Eine Vertagung würde ziemlich lange dauern. Frau Krause bestätigt, dass die Routen C und D erst für 2021 vorgesehen sind.

Der Beschluss

Die Entscheidung wird vertagt.

wird einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL gefasst.

14. XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)
0400/2019

Der Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage.

wird ohne Aussprache mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL gefasst.

15. Abgabe von Containern
0415/2019

Nach Frau Gerhardus hätten die angesprochenen Vereine weniger Probleme mit dem Stückpreis, sondern eher mit dem Abtransport. Sie beantragt daher, die die Auslieferung der Container an

Vereine zum Selbstkostenpreis anzubieten. Die Stadt verfüge sicherlich über das notwendige Equipment.

Herr Geist erläutert, dass nicht nur eine Vielzahl von Bergisch Gladbacher Vereinen, sondern auch Privatpersonen und Vereine aus umliegenden Kommunen angefragt hätten. Da die Stadt Bergisch Gladbach keinen Tieflader besitze, müsste der Transport ausgeschrieben werden, nötigenfalls öffentlich. Damit ließe sich aber theoretisch der Transport vereinfachen und weniger arbeitsintensiv begleiten; die normalen Aufgaben der Verwaltung würden dadurch nicht beeinträchtigt. Er plädiert dennoch dafür, die Koordination der Transportleistungen an die Vereine zu delegieren, weil es für die Verwaltung schwierig sei, das ganze Verfahren durchzuführen.

In der Annahme von Frau Gerhardus, dass die Verwaltung über einen Tieflader verfüge, dies aber soeben verneint wurde, hat sich ihr Antrag erledigt.

Herr Dr. Adler stimmt Punkt 1 des Beschlussvorschlages zu, nicht aber dem Punkt 2. Stattdessen beantragt er, übrigbleibende Container in Tranchen von maximal 5 Einheiten über eine Zollauktion auf dem Markt anzubieten. Je kleiner die abzunehmende Menge sei, desto eher finden sich Interessenten. Das bisher akquirierte Paket von 50 Einheiten sei zu groß.

Herr Jungbluth schlägt unter Berücksichtigung des zuvor Gesagten vor, wenn es schon viele Interessenten gebe, diese unter Austausch von Daten logistisch zusammenzuführen.

Herr Keimer widerspricht Herrn Dr. Adler. Das Absatzproblem sei sicherlich nicht die Tranchengröße, sondern naturgemäß das zurzeit vorherrschende massive Überangebot an Containern. Eine Vernetzung der interessierten Vereine wäre aber auch für ihn wünschenswert.

Herr Dr. Adler weist darauf hin, dass er missverstanden worden sei. Natürlich unterstütze er die Vergabe an Vereine. Die maximale Tranchengröße richte sich ausschließlich auf nach der Abgabe der Container an die Vereine verbliebene Container. Durch eine kleinere Mindestabnahmemenge könnte vielleicht auch ein etwas höherer Preis je Einheit erzielt werden.

Herr Buchen lässt im Gegensatz zum ursprünglich vorgesehenen Verfahren die beiden Beschlusspunkte getrennt abstimmen, damit der Änderungsantrag Berücksichtigung finden könne.

Der Beschluss

1. **Die Verwaltung wird zur Abgabe von nach der Abdeckung des stadtinternen Bedarfs verbliebenen Container am Stadion zu einem symbolischen Preis von 100 Euro pro Stück bei Selbstabholung aufgrund eines besonderen öffentlichen Interesses in Form der Förderung örtlicher Vereine ermächtigt. Sofern weniger Container vorhanden als Interessenbekundungen erfolgt sind, entscheidet das Los.**

wird einstimmig gefasst.

Der Beschluss

2. **Die Verwaltung wird zur Abgabe von weiteren Containern zu einem symbolischen Preis von 100 Euro pro Stück bei Selbstabholung ermächtigt, sofern sich diese im weiteren Verfahren als unverkäuflich herausstellen. Diese werden prioritär den möglichen Verlierern beim Losentscheid und darüber hinaus allen weiteren Interessenten angeboten.**

wird bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL mehrheitlich angenommen. Damit hat sich eine Abstimmung über den Änderungsantrag erübrigt.

16. Anträge der Fraktionen

16.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜGERPARTEI GL vom 03.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019) „zur effizienten Vermarktung von Containerwohnanlagen“

0416/2019

Herr Dr. Adler stellt klar, dass es sich um keinen Antrag, sondern um eine Anfrage handelt.

16.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): "Klimanotstand"

0296/2019/1

Herr Außendorf begründet und erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er spricht sich dafür aus, den Begriff „Climate Emergency“ zu verwenden.

Herr Keimer beantragt die Ergänzung dieses Punktes wie folgt: „Die Verwaltung sucht in Umsetzung der bereits beschlossenen und dazukommenden Maßnahmen den Kontakt zu der örtlichen Gruppe von ‚Fridays-for-Future‘ und lässt ihre konkreten ortsbezogenen Ziele und Maßnahmen in die Arbeit der Verwaltung mit einfließen.“

Herr Maus sieht Umweltschutz, Nachhaltigkeit als das absolut entscheidende an. Damit würde auch der Klimaschutz perfekt optimiert.

Herr Krell sieht eine grundsätzliche Diskussion über Verbrennungsmotoren gegen Elektromobilität nicht als Aufgabe dieses Ausschusses. Der Ausschuss habe ein weitgehendes Klimaschutzkonzept beschlossen. Erforderlich sei eine andere Qualität der Klimaschutzmaßnahmen als in der Vergangenheit.
Es reiche nicht aus „Notstand“ durch „Emergency“ zu ersetzen. „Emergency“ bedeute eher „Notfall“ als „Notstand“. Die Assoziationen zu „Notstand“ seien weiterhin gegeben. Mit dieser Resolution würden auch Ressourcen auf Themen gelenkt, die dieser Ausschuss nicht beeinflussen könne. Thema sei, wie in dieser Stadt ein Beitrag geleistet werden könne. Daher schlägt er vor, heute nicht über den Antrag zu entscheiden, sondern sich auf die Aufstellung eines Schutzkonzeptes zu konzentrieren.

Herr Ebert teilt die Kritik Herrn Krells teilweise. Die SPD-Fraktion habe daher den Antrag auf Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes gestellt. Für ihn sei die Einsicht entscheidend, dass weltweit an dem Problem gearbeitet werden müsse. Gleichzeitig müsse jede Kommune selber über Maßnahmen entscheiden. Beide Teile gehören zusammen.

Herr Dr. Adler begrüßt, dass die Arbeit der „Fridays-for-Future“ – Bewegung auch in Bergisch Gladbach fruchte. Die heute generierten Worthülsen sollten aber gefüllt werden. Bergisch Gladbach sei wegen des relativ großen Waldbestandes in einer komfortablen Situation. Gleichwohl könne sie ihren Beitrag zu einer Verbesserung leisten. Problematisch sei für seine Fraktion, dass in der Zukunft keine Resolution gefasst werden soll. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL schlägt daher vor, den Begriff „Resolution“ zu vermeiden.

Herr Wagner findet es vernünftig, dieses Thema zunächst auch unter dem Aspekt im Rat zu behandeln, dass der Begriff „Klimanotstand“ aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestrichen wurde. Er schlägt vor, in der heutigen Sitzung keinen Beschluss zu fassen, sondern bis in die Ratssitzung oder noch weiter zu verschieben. Er findet es wie Herr Ebert sinnvoller, den eben gefassten Beschluss umzusetzen, weil dieser Bergisch Gladbach betrifft. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beinhalte viel Gedankengut, von dem die Stadt aber nur wenig in der Hand habe.

Herr Kochan spricht sich gegen eine Vertagung aus, weil er keinen Widerspruch zwischen dem erwähnten Beschluss und dem vorliegenden Antrag sehe. Man könne gleichzeitig neben dem Beschluss auf kommunaler Ebene kommunizieren, in dieser Bewegung zu stehen und das Anliegen anzuerkennen.

Herrn Buchen stellt sich die bisherige Diskussion so dar, dass zunächst die Begrifflichkeit „Klimanotstand“ diskutiert wurde. Wie widerspruchslos festgestellt, wurde der Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, der das konkrete Handeln der Stadt Bergisch Gladbach umfasst. Die angesprochene Resolution wird unter dem zweiten Spiegelstrich des Antrags behandelt. Der dritte Spiegelstrich beinhaltet eine umfassende Information der Stadt sowie des Rates und der Öffentlichkeit. Dieses Berichtswesen sei gemäß Vorlage durch die Verwaltung nicht zu leisten. Er habe zu diesen vier Punkten Pro und Kontra gehört und frage sich, ob in der heutigen Sitzung dazu Einigkeit erzielt werden kann. Der vorhin gefasste Beschluss besagt, das konkrete Klimaschutzkonzept in Bergisch Gladbach zu entwickeln.

Herr Keimer erinnert an seinen Ergänzungsantrag und spricht sich für die Beteiligung der Mitglieder der Fridays-for-Future-Gruppe aus. Herr Flügge weist darauf hin, dass Herr Kremer gerade Kontaktdaten austauscht.

Für Herrn Buchen stellt sich die Frage, dass neben dem bereits gestellten Änderungsantrag weitere Änderungsanträge gestellt werden müssten oder der Eindruck besteht, dass eine ausführlichere Abstimmungsarbeit notwendig ist und ob dies im Rahmen dieser Ausschusssitzung leistbar sei.

Herr Außendorf erinnert an die Empfehlung des Ältestenrates, keine Resolution mehr einzubringen, die nichts mit der Stadt zu tun habe. Daran sei der Ausschuss aber nicht gebunden. Hier geht es darum zu sagen, dass die Stadt ihre Verantwortung wahrnimmt und die Bundesregierung aufzufordern, dies ebenfalls zu tun. Insgesamt geht es im Antrag seiner Fraktion um eine Beschlussempfehlung an den Rat, die in der heutigen Sitzung gefasst werden kann.

Herrn Krell geht der Antrag in vielen Dingen zu weit. Da seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe, könne er dem Antrag heute nicht zustimmen. Ablehnen wolle er ihn aber auch nicht. Der Antrag fordere den Einsatz von Ressourcen, die dann für die Umsetzung konkreter Dinge nicht mehr zur Verfügung stünden. Er bittet darum, sich auf Dinge zu konzentrieren, die in Bergisch Gladbach anstehen. Resolutionen und allgemeine Vorgaben für die Bundesregierung sieht er nicht als Aufgabe dieses Ausschusses.

Herr Henkel stimmt Herrn Krell zu. Die Resolution sei Angelegenheit der Bundesregierung. Außerdem befassen sich auch andere Institutionen mit diesem Thema. Er stößt sich auch am Begriff „Notstand“, den er mit Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung in Verbindung bringt.

Herr Dr. Adler stimmt seinen beiden Vorrednern zu, verweist aber auf die Möglichkeit einer getrennten Abstimmung strittiger und unstrittiger Punkte.

Herrn Ebert ist nicht klargeworden, welche andere Diskussion stattfindet, wenn dieser Antrag ohne Beschlussempfehlung in den Rat geht. Eine solche Diskussion müsse zu konkreten Änderungsanträgen führen. Er möchte wissen, ob das zu erwarten sei.

Herr Buchen sieht als Variante 1 eine Antragsfassung, über die dann mit welchem Ergebnis auch immer abgestimmt wird. Es sei ihm bewusst, dass die Ausschussmitglieder an verschiedenen Formulierungen hängen. Variante 2 sei die Möglichkeit, Satz für Satz abzustimmen. Variante 3 sei, dass die Abstimmung zwischen den Fraktionen in den kommenden Tagen vorgenommen wird, damit zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Version vorliegt, die eine breite Mehrheit finden würde.

Auf Anfrage Herrn Keimers erklärt Herr Buchen, der Änderungsantrag würde mit beraten.

Der Beschluss

In der heutigen Sitzung wird auf eine inhaltliche Abstimmung verzichtet. Die weitere Vorgehensweise erfolgt entsprechend der vom Vorsitzenden vorgetragenen Variante 3.

wird einstimmig gefasst.

16.3. Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten.
0297/2019/1

Auf Vorschlag Herrn Buchens wird der Beschluss

In der heutigen Sitzung wird auf eine inhaltliche Abstimmung verzichtet. Die Vorgehensweise entspricht der zu TOP Ö 16.2.

einstimmig gefasst.

16.4. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach"
0334/2019/1

Herr Kochan führt in die Thematik ein. Ziel des Antrages sei die Einrichtung einer Stelle für Klimaschutz, dem dankenswerter Weise die Verwaltung durch ihre Stellungnahme auch folgen wolle. Bei dieser Stelle sollen alle klimarelevanten Fäden zusammenlaufen.

Herr Dr. Adler wird dem Beschlussvorschlag grundsätzlich folgen, kritisiert aber, dass in der Vergangenheit entsprechende konkrete klimaschutzrelevante Maßnahmen regelmäßig abgelehnt wurden, beispielsweise bei der Anschaffung von Dieselfahrzeugen, LEDs in den Schulen und dergleichen.

Auch Herr Krell unterstützt den Antrag vollumfänglich. Positiv hervorzuheben sei, dass man sich auf Maßnahmen bezieht, bei denen von hier aus Einfluss genommen werden könne und nicht nur eine allgemeine Resolution gefasst wird. In der Vergangenheit wurde der Klimaschutz leider nicht in der gebotenen Intensität behandelt, wobei er sich ausdrücklich nicht ausnimmt. Es reiche nicht aus, die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten zu schaffen. Es bedürfe vielmehr eines integrierten Klimaschutzkonzeptes, dass über Zielvereinbarungen bei allen Führungskräften der Verwaltung verbindlich wird.

Herr Henkel schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an.

Frau Gerhardus freut sich zwar über die breite Zustimmung, bemängelt aber ein Stück weit die Reihenfolge, wie die Fraktionsanträge abgearbeitet werden. Der Antrag ihrer Fraktion zum Thema Klimanotstand hätte zuerst aufgerufen werden sollen, da das Klimaschutzkonzept erst entwickelt wurde, als der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN schon gestellt war. Sie begrüßt aber, dass die anderen im Ausschuss vertretenen Parteien sich des von ihrer Fraktion schon länger als wichtig erachteten Themas nunmehr auch angenommen haben.

Herr Schundau bekräftigt den letzten Satz und ergänzt, dass die Grundlagen schon längst im Flächennutzungsplanverfahren berücksichtigt werden müssten. Leider wurden seinerzeit alle entsprechenden Änderungsanträge abgelehnt. Als ersten Schritt könne er dem Kernpunkt, wie er in der Vorlage formuliert ist, ohne weiteres zustimmen.

Nach Ansicht von Herrn Jungbluth habe der Antrag den Charme, dass er so wenig alarmistisch sei. Maßnahmen, die klimaschützende Effekte haben, würden aber schon seit geraumer Zeit auf breiter Basis ergriffen. Die Einrichtung eines koordinierenden Beauftragten mit Bündelung der Aufgaben sei aus seiner Sicht in Ordnung, sofern Redundanzen, Doppelarbeiten oder Kompetenzgerangel dadurch weitgehend vermieden werden können.

Herr Flügge weist ebenfalls darauf hin, dass schon seit Jahrzehnten u. a. durch diesbezügliche gesetzliche Regelungen Klimaschutz betrieben werde bzw. betrieben werden müsse. Eine Arbeitsgruppe Klima wurde verwaltungsintern eingerichtet, damit auch querschnittsorientiert in diesem Sinne koordiniert gehandelt werden könne.

Herr Maus erwähnt das Pariser Abkommen, wonach bis 2050 definierte Klimaschutzziele zu erreichen seien. Dadurch müssen alle Maßnahmen, die einen CO_2-Fußabdruck hinterlassen, vermieden werden. Leider könne die Stadt hier nur sehr begrenzt tätig werden, ihre Maßnahmen könnten allenfalls als Vorbild dienen. Im Vordergrund stehe die Energiegewinnung, die möglichst grün und preiswert sein müsse. Durch Gewinnung von Strom, beispielsweise in Nordafrika, wäre hinsichtlich des Preises daher für die deutsche Bevölkerung schon viel getan. Auch durch Bereitstellung von synthetischen Kraftstoffen brauche insbesondere über bestimmte Fahrzeugkonzepte nicht weiter diskutiert werden. Schließlich weist er darauf hin, dass die Elektromobilität zu fördern nachweislich nicht Paris-fähig sei, weil alle Investitionen wie Batterien, Ladestationen usw. bei ihrer Herstellung mit in die CO_2-Bilanz aufgenommen werden müssten und dadurch eine Nachhaltigkeit nicht mehr gegeben sei.

Herr Keimer meint, das Hauptanliegen des Antrages sei es, die Stelle eines zentralen Klimaschutzbeauftragten zu schaffen. Eine seiner Aufgaben werde es sein, Fördergelder einzuwerben. Er habe sich gefreut, dass im Rahmen des InHK Bensberg erstmalig die CO_2-Bilanz bei der Wahl des Pflasters zu Rate gezogen wurde. So müsse bei künftigen Maßnahmen auch weiterhin gehandelt werden.

Herr Wagner erinnert daran, dass es in der Vergangenheit schon einige Maßnahmen beschlossen wurden, die aber nicht vorrangig im Lichte des Klimaschutzes betrachtet wurden, wie z. B. die seit längerem laufende Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Auch bei Schulsanierungen bzw. -neubauten sowie bei Flüchtlingsunterkünften werde darauf geachtet, dass energetisch und wärmedämmungstechnisch das augenblickliche Knowhow eingesetzt werde. Das Klima-Thema wurde demzufolge nicht neu entdeckt, sondern findet bei Entscheidungen schon seit längerem Berücksichtigung.

Auch Herr Ebert sieht den Beauftragten als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche und hält eine Zielvereinbarung mit den Führungskräften im Verwaltungsvorstand und in den Fachbereichen für sehr sinnvoll. Er möchte daher diesen Punkt als weiteren Spiegelstrich in den zu fassenden Beschluss als Änderungsantrag aufnehmen.

Frau Gerhardus kritisiert, dass die Gesprächsführung teilweise auf pseudowissenschaftlichen Behauptungen und Ideologien basiere, was der Thematik nicht gerecht werde. Sie lobt Herrn Wagner und Herrn Ebert, die die Diskussion wieder auf Belange Bergisch Gladbachs zurückgeführt haben.

Herr Jungbluth bittet, den Klimaschutz durch den Begriff der Energieeffizienz zu konkretisieren. Dadurch werden zumindest die großen gemeinsamen und unstrittigen Schnittmengen bei den Fakten beider Themen ohne größeren Widerspruch behandelt werden können, was bei der fast ausschließlichen Betrachtung des CO_2-Ausstoßes im Rahmen der Klimaschutzdebatte zurzeit noch nicht gewährleistet sei. Die oben angesprochene Konkretisierung solle als Änderungsantrag aufgefasst werden, zieht ihn aber nach einer Erläuterung von Herrn Buchen wieder zurück.

Die Beschlussempfehlung

„Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:

- **Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept und einen Zeitplan zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach zu entwickeln.**

- **Dieses Konzept soll insbesondere eine erste Kostenabschätzung und deren Förderfähigkeit im Sinne der „Kommunalrichtlinie“ enthalten.**

- **Das Konzept und der Zeitplan zur Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes sollen zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden.**

- **Die Verwaltung prüft die Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am „European Energy Award."**

- **Die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes soll über Zielvereinbarungen innerhalb der Verwaltung sichergestellt werden.**

wurde einstimmig gefasst.

Herr Buchen ergänzt abschließend, dass die jetzt nicht gesondert beschlossene Einrichtung einer Stelle für den Klimaschutzbeauftragten als logische Konsequenz aus den o. g. Beschlusspunkten abzuleiten ist.

16.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): "Teilnahme am Förderprogramm progres.nrw Emissionsarme Mobilität"
0338/2019/1

Hintergrund des Antrages ist nach Ansicht von Herrn Dr. Adler, möglichst viel für das Klima bei möglichst geringem Einsatz eigener Finanzmittel zu tun.

Herr Krell möchte angesichts des soeben beschlossenen Klimaschutzkonzeptes die Einbettung des Antrages in dieses Konzept, ohne jetzt dazu einen gesonderten Beschluss herbeizuführen. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung könne er aber ebenfalls nicht folgen. Eine Einzelfallprüfung wie vorgeschlagen würde nicht weiterhelfen, es bedürfe vielmehr eines in sich kohärenten Konzeptes mit Ausweisung auch der Infrastruktur.

Herrn Jungbluth ist nicht ganz klar, ob eine Beschlussfassung zurückgestellt oder aber der Antrag unter dem Eindruck der Beschlussfassung zum Klimaschutzkonzept gänzlich zurückgezogen werden soll.

Herr Buchen weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeiten hin, mit diesem Antrag umzugehen (Zurückziehen, Vertagung oder Antrag zur Sache, nämlich die Einbindung in das Klimaschutzkonzept).

Herr Schundau beantragt zu den Fahrzeugen in der Verwaltung, zu prüfen, ob anstelle des selbst vorgehaltenen Fuhrparkes ein Car-Sharing-Modell eine Alternative darstellen könne. So könnten viele Probleme gelöst werden. Car-Sharing-Anbieter würden über neueste Technik verfügen. Außerdem stelle Car-Sharing eine überaus kostengünstige Variante dar, weil nach Dienstende auch private Nutzer die Fahrzeuge nutzen können.

Herr Flügge teilt mit, dass eine entsprechende Prüfung bei normalen Dienst-Pkw bereits durchgeführt werde. Der Mobilitätsbeauftragte habe allerdings den Dienst bei der Verwaltung beendet, so dass die Prüfung noch andauere. Bei den vielfältigen städtischen Spezialgroßfahrzeugen müsse dennoch im Einzelfall geprüft werden, ob ein solches Modell eingesetzt werden kann. Der Markt dafür stehe aber noch nicht mit erforderlichen Angeboten zur Verfügung. Er hoffe aber auf Bewegung in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten, auch in nachhaltige Treibstoffe.

Nach entsprechender Zustimmung von Herrn Ebert teilt auch Herr Dr. Adler mit, dass er der Änderung, den Antrag in der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes zu berücksichtigen, so folgen werde.

Herr Henkel möchte, dass im Beschluss auch der Wasserstoffantrieb erwähnt werden sollte. Herr Buchen teilt mit, dass ohne weitere Textarbeit diese Intention ebenfalls berücksichtigt werde.

Der Beschluss

Der Inhalt dieses Antrages wird in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes mit aufgenommen.

wurde bei einer Enthaltung der Fraktion mitterechts einstimmig so gefasst.

16.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): "Kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge"
0339/2019/1

Herr Dr. Adler bedauert die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung, bekräftigt aber nochmals den Sinn des Antrages als Antriebsfeder zum Umstieg auf E-Fahrzeuge. Auch wenn sich dann die Einnahmen aus Parkgebühren sukzessive nach unten bewegen werden, habe man ein Mehr an Elektromobilität, was für die Lebensqualität in der Kommune vorteilhaft sei. Den Verwaltungsaufwand zur Registrierung und Ausstellung von Sonderparkausweisen hält er hingegen für gering. Außerdem würden E-Fahrzeuge durch das Kennzeichen entsprechend charakterisiert.

Herr Henkel führt aus, dass auch Hybridfahrzeuge mit einem „E"-Kennzeichen ausgestattet seien. Dadurch werde eine Trennung unmöglich. Die Stadt Bergisch Gladbach befinde sich nach wie vor im Haushaltssicherungskonzept. Daher dürfen Anträge nur gestellt werde, wenn diese auch eine Gegenfinanzierung hinsichtlich der sinkenden Parkgebühren ausweist. Da es daran fehle, werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Jungbluth meint, dass es wissenschaftlich noch nicht klar sei, ob Elektromobilität nachhaltiger sei als herkömmliche Antriebsarten. Dass ein Anreiz zum Umstieg auf E-Mobilität gegeben werde, sei unstrittig, würde einen gewollten Umstieg auf den Öffentlichen Personennahverkehr aber nicht fördern. Daher sei der Antrag abzulehnen.

Da Herr Ebert nicht beurteilen könne, ob das Ansinnen des Antrages wirklich Vorteile in Sachen Effizienz bringe, beantragt er auch hier, den Antrag ins Klimaschutzkonzept zu integrieren.

Frau Krause erinnert an das beschlossene Mobilitätskonzept, in dem der Modal-Split zu Gunsten des Umweltverbundes (Öffentlicher Personennahverkehr, aber auch Radverkehr) verändert werden soll. Auch ein E-Fahrzeug sei nun mal ein Auto.

Der Beschluss

Der Inhalt dieses Antrages wird in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes mit aufgenommen.

wurde bei 5 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, bei Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI.GL und Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei 3 Gegenstimmen der CDU-Fraktion und einer Gegenstimme der Fraktion mitterechts mehrheitlich gefasst.

16.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.06.2019 (eingegangen am 25.06.2019): "Einrichtung eines Fußgängerübergangs Niedenhof/Ecke In der Auen sowie einer Beschilderung zur Verdeutlichung des Schulweges"
0340/2019/1

Herr Buchen teilt mit, dass eine Vorlage nach Stellungnahme der Verwaltung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr verschoben werden sollte, weil in diesem Bereich augenblicklich noch Bauarbeiten des Straßenbaulastträgers stattfinden.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

16.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.07.2019 (eingegangen am 23.07.2019) zur Einrichtung eines Bürgerwaldes mit einheimischen Baumarten
0349/2019

Herr Schundau begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung und insbesondere die Möglichkeit für Bürger, hier etwas für den Klimaschutz tun zu können.

Herr Ebert stimmt dem zu, fragt aber, ob der oberhalb der genannten Fläche der ingenieurbiologisch gesicherte Hang in die Planung integriert werden könne, da sonst die Anmutung des Bürgerwaldes eine etwas Merkwürdige sei. Nach Auffassung der Verwaltung sei dies aus topografischen Gründen nicht möglich.

Herr Dr. Adler befürwortet das Vorhaben prinzipiell, findet aber die Fläche sehr klein. Eine deutliche Ausdehnung halte er für wünschenswert. Er habe in der Vorlage eine ausdrückliche Beteiligung von BürgerInnen leider nicht finden können. Das Baumspenden in einem früheren Tagesordnungspunkt bereits angesprochen wurden, fand er aber gut. Die Möglichkeit, sich einzubringen, könne für den Bürger sinnstiftend zur Identifikation mit der Kommune sein.

Auf Anfrage Herrn Rennebergs antwortet Herr Nollen, dass der Boden zwar eine Aufschüttung sei, durch die Auswahl geeigneter Bäume aber grundsätzlich bewirtschaftet werden könne. Er werde dies aber ggf. durch eine Einschätzung von Kollegen nochmals bodenkundlich überprüfen lassen.

Der von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorschlag

Auf Grundlage des Antrages sowie der AUKIV-Beratungen wird StadtGrün bei gegebener Zeit einen Entwurf des Bürgerwaldmodells und der Flächengestaltung anfertigen und dem zuständigen Ausschuss präsentieren.

wird einstimmig gefasst.

16.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.07.2019 (eingegangen am 23.07.2019) zur Aufstellung eines Grünflächenschutzkonzeptes für das gesamte Stadtgebiet
0350/2019

Herr Schundau begründet den Antrag seiner Fraktion. Dieser Antrag gehe über den Tagesordnungspunkt Ö 16.4 (Klimaschutzkonzept) hinaus und solle deshalb auch abgestimmt werden.

Herr Flügge ist der Auffassung, die Intention des Antrags sei im Klimaschutzkonzept gut verankert.

Herr Nollen ergänzt, die Erläuterungen Herrn Schundaus stellen die schützende Funktion des Stadtgrüns gegen schädliche Klimaauswirkungen heraus. Die vorgetragenen Faktoren würden in der landschaftsarchitektonischen Freianlagenplanung berücksichtigt.

Herr Krell verweist darauf, dass zum Thema Starkregen bereits eine Entscheidung getroffen wurde.

Der Beschluss

Die Verwaltung schlägt vor, die Intention des vorliegenden Antrages, die zusammenhängenden, innerstädtischen Grünflächen als Frischluftschneisen zu sichern, in das gesamtstädtische Klimaschutzkonzept mit aufzunehmen und von einem eigenen Konzept abzusehen.

wird einstimmig bei drei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

16.10. Antrag der SPD- und CDU-Fraktionen "Nachrüstung von Abbiegeassistenten"
0406/2019

Herr Buchen verweist im Einvernehmen mit den antragstellenden Fraktionen auf eine Vorlage in der nächsten Sitzung.

16.11. Antrag der SPD- und CDU-Fraktionen "Verzicht auf Glyphosat und Neonicotinoide" vom 23.08.2019
0405/2019

Über die Erstellung einer Vorlage für die nächste Ausschusssitzung besteht Einvernehmen.

16.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 26.08.2019 - Eingang: 27.08.2019 - zur Anmietung eines Ladenlokals für das Bürgerbüro in Refrath
0417/2019

Herr Buchen bittet Herrn Widdenhöfer, für die Verwaltung zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Herr Widdenhöfer möchte einleitend zunächst zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen. So beabsichtige die Verwaltung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) am 01.10.2019 eine Vorlage für die Anmietung eines Ladenlokals für das Bürgerbüro in Refrath und in Bensberg vorzulegen. Durch Vergleich der Anlagen zu beiden Anträgen lasse sich feststellen, dass es sich bei dem im vorliegenden Antrag genannten Ladenlokal in Refrath um das selbe Lokal handele, das auch in der Vorlage für den HFA vorgeschlagen werde. Es handele sich um eine bestimmte Einheit in der Liegenschaft Siebenmorgen 45. Im Moment sei man in den Vertragsverhandlungen. Diese müssten noch zu Ende geführt werden. Er hofft, dass man dies bis zum 01.10.2019 schaffen werde. Der im Moment vorliegende Vertragsentwurf sei für die Stadt nicht sehr günstig. Dies müsse noch im Einzelnen ausgehandelt werden. Man werde dann aber mit diesem Vorschlag kommen.

Herr Buchen schlägt vor, dass sich eine Beschlussfassung hierüber erledigt hat.

Herr Dr. Adler stimmt dieser Vorgehensweise durch Kopfnicken zu.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

17.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL vom 20.08.2019 - eingegangen am 20.08.2019 - zu Entwässerungsgebühren / Umweltaspekte von Filtersteinen
0396/2019

Herr Dr. Adler erklärt auf Anfrage Herrn Buchens, er habe zur Vorlage keine Fragen.

mündliche Anfragen

Herr Henkel fragt hinsichtlich des Bürgerbüros Bensberg nach dem aktuellen Sachstand zur Anmietung eines Teils eines Ladenlokals (InHK-Büros) in der Schloßstraße. Herr Widdenhöfer teilt mit, auch darauf würde in der bereits erwähnten Vorlage für den Haupt- und Finanzausschuss (Sitzung am 01.10.) eingegangen. Die Voraussetzungen seien derzeit besser als für das Bürgerbüro Refrath. In der Schloßstraße würden außer dem Bürgerbüro der Standortmanager und das Baubüro untergebracht.

Herr Keimer weist darauf hin, dass an der Kreuzung Ernst-Reuter-Straße/Frankenforster Straße, die Abbiegespur gesperrt ist. Durch die eigenartige Ampelschaltung kommt es zu langen Staus auf der kompletten Frankenforster Straße. Kann dem z. B. dadurch abgeholfen werden, dass der Sensor in der Erde abgeschaltet wird? Von der Autobahn bis zum Aldi brauchten die Autofahrer ungefähr 20 – 25 Minuten.

Herr Widdenhöfer und Herr Hardt sagen eine Prüfung zu.

Herr Dr. Adler hat drei Anfragen:

1. Seiner Fraktion wurde berichtet, im Bereich der Paffrather Mühle gebe es eine Wildschweinplage. Sie würden alles umgraben. Für diesen Bereich gebe es ein Jagdverbot. Früher gab es dazu wohl eine Ausnahme. Ohne Bejagung gebe es wohl keine Besserung. Was kann man sonst tun, um dieser Wildschweinplage Herr zu werden? Es wurde auch berichtet, dass das Wildgehege in der Mitte von Zeit zu Zeit geöffnet wurde. Das würde erklären, warum die Population außerhalb des Geheges deutlich zunahm. Kann die Bejagung wieder zugelassen werden? Herr Nollen berichtet, gegen seinen ausdrücklichen Willen habe der Rheinisch-Bergische Kreis auf Antrag diesen Bereich aus der jagdlichen Nutzung herausgenommen. Es gab mehrere Beschwerden, dass die Beweidung wegen der Schäden durch die Wildschweine nicht mehr möglich sei. Die Wildschweine würden aus dem westlich gelegenen eigentlichen Jagdgebiet eindringen. Die Ursache für die Wildschäden sei nur jagdlich im Jagdrevier zu lösen. Auf Nachfrage erklärt er, gegen die beschriebenen Missstände könne die Verwaltung nichts unternehmen.
2. Das Jakobskreuzkraut ist hoch lebertoxisch. Wenige Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht führen zu entsprechenden Erkrankungen. Es wird von einigen Experten als tickende Zeitbombe beschrieben. Im Rheinisch-Bergischen Kreis gab es eine Initiative, um dieses Jakobskreuzkraut zu bekämpfen. Welche Initiativen gibt es heute? Gibt es ein Projekt dazu?
3. Zur Sanierung des Rondells an der Saaler Mühle habe ich eine Anfrage und Unterlagen. Das Rondell ist sehr marode und könne durch Bürgerspenden saniert werden. Seine Fraktion unterstütze das. *(Anfrage und Unterlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

Herr Außendorf stellt folgende vier Anfragen:

1. Die Stadt ist mit der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes im Rückstand. Welche drei konkreten Projekte werden derzeit angegangen und wann werden dem Ausschuss dazu Vorlagen vorgelegt?
2. Stimmt es, dass Herr Euler aus den Diensten der Stadt ausgeschieden ist? Welche Begründung hat er angegeben? Herr Flügge teilt mit, Herr Euler habe eine Stelle näher an seinem Wohnort angenommen.
3. Wie viele Mitarbeiter sind aktuell in Vollzeit mit der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes beschäftigt?
4. Zum Radweg am Bahndamm möchte ich wissen, warum die Baumaßnahme so lange dauert. Hat die Stadt keine Handhabe, um derartige Maßnahmen zu beschleunigen? Als ich um 16.30 Uhr dort vorbeikam, hat dort niemand gearbeitet. Ich hätte gerne, dass die Maßnahme deutlich schneller abgeschlossen wird.

Herrn Wagner wurde zugetragen, die Umleitung zur Baumaßnahme in der Buchholzstraße sei nicht glücklich gewählt. Er bittet um Prüfung, ob eine andere Streckenführung zu weniger Rückstau führen könne.

Herr Kohlschmidt macht auf verschiedene Hinweise aufmerksam, wonach sich auf den Parkplätzen in der Paul-Gerhardt-Straße Rasengittersteine angehoben hätten und eine Stolpergefahr darstellen. Er bittet um Prüfung. *(Anmerkung der Verwaltung: Die Gefahrenstellen wurden beseitigt.)*

Herr Renneberg macht darauf aufmerksam, dass die Arbeiten an der Gasleitung in der Straße Am Broich abgeschlossen sind. Seit mehreren Wochen steht dort die Baustelleneinrichtung. Wann wird das abgeräumt?

Herr Buchen schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.03 Uhr.

gez. Buchen Vorsitzender	gez. Schriftführung